

Antrag 93/II/2024
KDV Mitte

Der Landesparteitag möge beschließen:

Empfehlung der Antragskommission
Annahme in der Fassung der AK (Konsens)

Schaffung sicherer Räume für Menschen mit eigener oder familiärer Flucht- und/oder Kriegserfahrung, die das Trauma des Todes von Familienmitgliedern und Bekannten erleben

1 Es ist ein aktives Engagement erforderlich, um zivilge-
2 sellschaftliche Strukturen zu unterstützen, die bereits in
3 dieser Art von Aktivitäten tätig sind. Die SPD verpflich-
4 tet sich, Ressourcen zu finden, um konkrete Unterstüt-
5 zung bei der Schaffung von sicheren Räumen zu bieten,
6 in denen Menschen mit eigener oder familiärer Flucht-
7 und/oder Kriegserfahrung, insbesondere Menschen pa-
8 lästinensischer Herkunft, die in unserer Stadt leben, ihre
9 Sorgen über die ernste Situation in Gaza ausdrücken und
10 moralische Unterstützung erhalten können - z.B. eine ver-
11 trauliche Hotline mit Support, Informationen und lokalen
12 Ressourcen, und Projekte, die Kriseninterventionsdienste
13 anbietet.

14

15 Begründung

16 Die Lage in Gaza ist ernst. Die Zahl der zivilen Opfer, ins-
17 besondere Frauen und Kinder, ist außer Kontrolle geraten.
18 Viele Menschen palästinensischer Herkunft, auch unter
19 unseren Mitgliedern, finden keine geeigneten Räume, in
20 denen sie ihre Trauer zum Ausdruck bringen können, da sie
21 befürchten, verbalen Angriffen oder Einschüchterungen
22 ausgesetzt zu sein. Die vorherrschende Rhetorik will die
23 legitime Unterstützung der palästinensischen Frage mit
24 der Unterstützung der Hamas gleichsetzen. Dies ist eine
25 große Ungerechtigkeit gegenüber den vielen Menschen,
26 die durch den Tod von Familienmitgliedern, Bekannten
27 und Freunden ein Trauma erleben. Die SPD muss sich da-
28 für einsetzen, dass jede Möglichkeit der Diskriminierung
29 ausgeschlossen wird. Es ist zu bedenken, dass der gesell-
30 schaftliche Zusammenhalt untergraben wird, wenn nicht
31 rechtzeitig gegen diese Formen des Hasses und der Stig-
32 matisierung vorgegangen wird.

Es ist ein aktives Engagement erforderlich, um zivilgesell-
schaftliche Strukturen zu unterstützen, die bereits in die-
ser Art von Aktivitäten tätig sind. **Wir fordern die SPD-
Mitglieder im Berliner Senat und in der Abgeordneten-
hausfraktion auf**, Ressourcen zu finden, um konkrete Un-
terstützung bei der Schaffung von sicheren Räumen zu
bieten, in denen Menschen mit eigener oder familiä-
rer Flucht- und/oder Kriegserfahrung, insbesondere Men-
schen palästinensischer Herkunft, die in unserer Stadt le-
ben, ihre Sorgen über die ernste Situation in Gaza ausdrü-
cken und moralische Unterstützung erhalten können - z.B.
eine vertrauliche Hotline mit Support, Informationen und
lokalen Ressourcen, und Projekte, die Kriseninterventions-
dienste anbietet.